

Moschee in der alten Post?

Zukünftige Nutzung des Gebäudes weiter unklar – Gespräche laufen

Finnentrop.

Die Diskussionen um das ehemalige Postgebäude an der Bamenohler Straße in Finnentrop gehen weiter. Die zukünftige Nutzung des Gebäudes war Thema im nicht-öffentlichen Teil der Ratssitzung, wie Bürgermeister Dietmar Heß auf Nachfrage des SAUERLANDKURIERS bestätigte.

Weitere Details könne er jedoch nicht weitergeben, da das Verfahren noch laufe. In der Ratssitzung Ende letzten Jahres soll beantragt worden sein, dass die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht für Gebäude nutzen soll.

Denn nach wie vor ist unklar, was mit dem Gebäude geschehen soll. Die Mehrheit im Rat unterstütze nach wie vor den Vorschlag, dass der Moscheeverein die alte Post nutzen kann.

Klar ist dies aber noch nicht. Erst Mitte Oktober beantragte die Partei „Für Finnentrop“, das „Grundstück für die Wiederbelebung und Neugestal-

23/01/13

tung der Tallage entlang der B236“ zu nutzen, „die Ortsdurchfahrt sollte spätestens nach der Inbetriebnahme der neuen Straßenführung der L539 sicher, funktional und ästhetisch gestaltet werden (...)“. Dieser Antrag wurde allerdings abgelehnt.

Verfassungsschutz beobachtet EMUG

Der Verkauf an die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“ (EMUG) als Käufer für den Finnentrop Moscheeverein soll erwogen worden sein.

Diese Gemeinschaft taucht allerdings auch in einem Atemzug mit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V. auf, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht (www.verfassungsschutz-bw.de, unter dem Punkt „Islamistische Organisationen“): „Die Anfänge der Organisation in Deutschland reichen bis in die 1970er-Jahre zurück: Ihr

Weg führte über die ‚Türkische Union in Europa e.V.‘ (1976), die ‚Islamische Union in Europa e.V.‘ (1982) und die ‚Avrupa Milli Görüs Teskilatları‘ (AMGT, 1985) bis zur Gründung der heutigen IGMG sowie der ‚Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft‘ (EMUG) im Jahr 1995.“

In diesem Artikel ist unter anderem zu lesen: „Zu den Merkmalen der ‚Milli Görüs‘-Bewegung gehört das unter den Anhängern verbreitete Bewusstsein, Angehörige einer auserwählten Gemeinschaft zu sein, denen die Aufgabe zukomme, die eigene ‚Mission‘ – erforderlichenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens – weiterzuverbreiten.“

So ist klar, dass eine Mehrheit im Rat den Verkauf an die EMUG verhindern will.

Die geplante Nutzung durch den Moscheeverein habe weiterhin eine Mehrheit im Rat. Die Gespräche werden fortgesetzt, wie der Bürgermeister bestätigte, ein Termin sei bereits gefunden.